



Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918

Deutsches Reich / Auswärtiges Amt

Berlin, 1924

V. Die Oberste Heeresleitung dringt auf sofortige Absendung des Friedensangebotes. Die erste deutsche Note an Wilson

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76957](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76957)

v

Die Oberste Heeresleitung dringt auf
sofortige Absendung des Friedensangebotes

Die erste deutsche Note an Wilson

Nr. 21

**Der Vertreter des Auswärtigen Amtes
im Grossen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner
an das Auswärtige Amt**

Telegramm

Abgegangen: 1 Uhr nachm. — Angekommen: 3 Uhr 15 nachm.

Großes Hauptquartier, den 1. Oktober 1918

General Ludendorff bat soeben Freiherrn von Grünau und mich in Gegenwart von Oberst Heye, Euer Exzellenz seine dringende Bitte zu übermitteln, daß unser Friedensangebot sofort hinausgeht. Heute halte die Truppe, was morgen geschehen könne, sei nicht vor auszusehen.

Ich habe darauf hingewiesen, daß es doch nichts an unserer Lage ändern könne, ob unser Angebot heute oder in den nächsten Tagen erfolge. Baron Grünau wird Euer Exzellenz gleichfalls später drahten, daß*) er noch mit Seiner Majestät Rücksprache nehmen wird.

gez. Lersner

*) Anmerkung bei der Herausgabe: Wohl zu lesen: „da“.

Nr. 22

**Der Chef des Generalstabes des Feldheeres
Generalfeldmarschall von Hindenburg
an den Vizekanzler von Payer**

Telegramm

Abgegangen: 1 Uhr 30 nachm. — Angekommen: 2 Uhr nachm.

Großes Hauptquartier, 1. Oktober 1918

An

Major Frhr. v. d. Bussche
für den Vizekanzler von Payer

Wenn bis heute abend 7 bis 8 Uhr Sicherheit vorhanden ist, daß Prinz Max von Baden die Regierung bildet, so bin ich mit dem Aufschub bis morgen vormittag einverstanden.

Sollte dagegen die Bildung der Regierung irgendwie zweifelhaft sein, so halte ich die Ausgabe der Erklärung an die fremden Regierungen heute nacht für geboten.

gez. von Hindenburg

Notiz übergeben an Exzellenz von Payer. 1. Oktober, 2 Uhr nachm.

gez. v. d. Bussche

Nr. 23*)

**Der Vertreter des Auswärtigen Amtes bei Seiner Majestät
Wirklicher Legationsrat von Grünau an das Auswärtige Amt**

Telegramm

Abgegangen: 2 Uhr nachm. — Angekommen: 2 Uhr 40 nachm.

Großes Hauptquartier, den 1. Oktober 1918

Dringend. Geheim.

General Ludendorff sagte mir eben in Gegenwart von Oberst Heye und Lersner, Euerer Exzellenz seine dringende Bitte zu übermitteln, das Friedensangebot sofort hinausgehen zu lassen und damit nicht erst bis zur Bildung der neuen Regierung zu warten, die sich verzögern könne.

Heute hielte die Truppe noch und wir seien noch in einer würdigen Lage, es könne aber jeden Augenblick ein Durchbruch erfolgen und dann käme unser Angebot im allerungünstigsten Moment. Er käme sich vor wie ein Hasardspieler, und es könne jederzeit irgendwo eine Division versagen.

Ich habe den Eindruck, daß man hier völlig die Nerven verloren hat, und möchte glauben, daß wir schlimmstenfalls nach außen hin den Schritt mit der Haltung Bulgariens begründen können.

Grünau

*) Anmerkung bei der Herausgabe: Dieses Dokument geht auf dasselbe Gespräch zurück wie Nr. 21.

Nr. 24

***Der Vertreter des Auswärtigen Amtes bei Seiner Majestät
Wirklicher Legationsrat von Grünau an das Auswärtige Amt***

Telegramm

Abgegangen: 2 Uhr 25 nachm. — Angekommen: 4 Uhr nachm.

Großes Hauptquartier, den 1. Oktober 1918

Dringend

Im Anschluß an Telegramm Nr. 588 (Nr. 23 dieser Sammlung)

Seine Majestät sind mit Euer Exzellenz der Meinung, daß fraglicher Schritt erst durch neue Regierung erfolgen soll.

Grünau

Nr. 25

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Hintze
an die Vertreter des Auswärtigen Amtes im Grossen Haupt-
Quartier*

Telegramm

Abgegangen: 7 Uhr 20 nachm.

Berlin, den 1. Oktober 1918

1. Grünau
2. Lersner

Bildung neuer Regierung voraussichtlich heute 1. Oktober nachts.
Dann kann Angebot sofort in derselben Nacht hinausgehen. Militärische
Lage ist stärkstes Druckmittel gegenüber unsinnigen und anspruchsvollen
Parteien.

gez. von Hintze

Nr. 26

**Der Vertreter des Auswärtigen Amtes
im Grossen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner
an das Auswärtige Amt**

Telegramm

Abgegangen: 9 Uhr 45 nachm. — Angekommen: 10 Uhr 30 nachm.

Großes Hauptquartier, den 1. Oktober 1918

General Ludendorff bittet, ihm baldigst Wortlaut unseres Friedensangebotes mitzuteilen, ferner, wann es an Wilson abgeht. Er bittet, Friedensangebot auch den andern feindlichen Mächten mitzuteilen. Haag wäre ihm als Friedensverhandlungsort am sympathischsten.

Im Angebot müßte Aufforderung an Feinde stehen, Ort für Waffenstillstandsverhandlungen an der Front zu bestimmen. Waffenstillstandskommission: General von Beseler, Oberst von Winterfeldt, Major Brinckmann, Major von Harbou, ein Hauptmann, zwei Seeoffiziere, ein Vertreter des Auswärtigen Amtes, voraussichtlich Zeki Pascha, und Feldmarschallleutnant Baron Klepsch.

Sollten die Waffenstillstandsverhandlungen sofort beginnen, würde ich, Euerer Exzellenz Einverständnis voraussetzend, als Vertreter des Auswärtigen Amtes mitfahren, bis Euere Exzellenz einen Herrn bestimmt haben.

Vollmachten für Soldaten wird Feldmarschall ausstellen, für Zivil wohl der Herr Reichskanzler.

gez. L e r s n e r

Nr. 27

**Der Vertreter des Auswärtigen Amtes
im Grossen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner
an das Auswärtige Amt**

Telegramm

Aufgegeben: 2. 10., 12 Uhr 10 vorm. — Angekommen: 12 Uhr 30 vorm.

Großes Hauptquartier, den 1. Oktober 1918

General Ludendorff erklärte mir, daß unser Angebot von Bern aus sofort*) nach Washington weitergehen müsse. 48 Stunden könne*) die Armee nicht noch warten. Er (Wort fehlt, wohl „bäte“) Euere Exzellenz dringendst, alles zu tun, damit das Angebot auf allerschnellste Weise durchkäme.

Ich wies deutlich darauf hin, daß der Feind trotz aller Beschleunigung kaum vor Ablauf einer Woche antworten werde. Der General betonte, daß alles darauf ankäme, daß das Angebot spätestens Mittwoch nacht oder Donnerstag früh in Händen der Entente sei, und bittet Euere Exzellenz, alle Hebel dafür in Bewegung zu setzen. Er glaube, daß zur Beschleunigung vielleicht die Note von der schweizerischen Regierung durch Funkspruch von Nauen an den Adressaten mit Schweizer Chiffre gegeben werden könne.

gez. Lersner

*) Im Original gesperrt.

**Vortrag des Vertreters der Obersten Heeresleitung Major
Freiherr von dem Bussche vor den Parteiführern des Reichs-
tags am 2. Oktober 1918 vormittags**

Die militärische Lage vor den letzten großen Ereignissen ist durch General von Wrisberg bekanntgegeben. In wenigen Tagen hat sie sich grundlegend geändert.

Der Zusammenbruch der bulgarischen Front warf unsere Dispositionen über den Haufen. Die Verbindung nach Konstantinopel war bedroht, ebenso der für unsere Versorgung unentbehrliche Schifffahrtsweg auf der Donau. Wir waren gezwungen, wollten wir der Entente nicht völlig freie Hand auf dem Balkan lassen, das Schwarze Meer und Rumänien preisgeben, deutsche und für die Westfront bestimmte österreichisch-ungarische Divisionen einzusetzen. Schnellster Entschluß war nötig. Die Anfänge unsrer Truppen sind ausgeladen. Es besteht begründete Hoffnung, die Lage auf dem Balkan, soweit es für unsere Interessen nötig ist, wiederherzustellen, leider, wie ich ausführen werde, nicht ohne schwerwiegenden Schaden für die Gesamtlage.

Fast gleichzeitig mit der Offensive in Mazedonien setzten gewaltige Angriffe im Westen ein. Sie fanden uns nicht unvorbereitet. Alle Maßnahmen, sie abzuwehren, waren getroffen. Ostdivisionen zum Freimachen von erprobten Westdivisionen waren im Anrollen. Leider mußte ein Teil von ihnen nach dem Balkan abgedreht werden. Der letzte wehrfähige Mann aus dem Osten war herangezogen. Wir sahen mit Ruhe dem Entscheidungskampf entgegen. An welchen Stellen der Front die Angriffe einsetzen würden, verstand die Entente geschickt zu verschleiern. Vom Meere bis zur Schweiz zeigten sich Angriffsvorbereitungen, am stärksten gegen Lothringen und den Sundgau. Wir waren gezwungen, unsere Reserven zu verteilen und die ganze Front mehr oder weniger abwehrbereit zu halten. Namhafte Kräfte mußten besonders in Lothringen und dem Sundgau zum Schutz deutschen Bodens bereitgestellt werden.

Nach Durchführung der erforderlichen Bewegungen bestand die sichere Zuversicht, die bevorstehenden Schlachten siegreich zu bestehen und den Vernichtungswillen unserer Gegner durch ihre zu erwartenden großen Verluste zu brechen.

In der Folge gelang es überall, den Feind da, wo er durch Tanks, Ueberraschung oder Uebermacht in unsere Linie eingedrungen war, aufzuhalten, seinen Stoß durch rechtzeitig herangeführte Reserven aufzufangen. Die Kämpfe der letzten sechs Tage sind trotz Einbuße an Gefangenen und Gerät siegreich bestanden. Der Gegner hat im Vergleich mit unsren Erfolgen in den Frühjahrsoffensiven geringe Fortschritte erzielt. In den meisten Stellen sind seine mit ungewöhnlicher Zähigkeit fort-

gesetzten Stürme abgewiesen. Nach Meldung unsrer Truppen hat er schwerste Verluste erlitten.

Unsere Truppen haben sich in überwiegender Zahl vortrefflich geschlagen und Uebermenschliches geleistet. Der alte Heldensinn ist nicht verlorengegangen. Die feindliche Uebermacht hat die Truppe nicht erschreckt. Offiziere und Mann wetteiferten miteinander.

Trotzdem mußte die Oberste Heeresleitung den ungeheuer schweren Entschluß fassen, zu erklären, daß nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr besteht, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.

Entscheidend für diesen Ausgang sind vor allem zwei Tatsachen: die Tanks. Der Gegner setzte sie in unerwartet großen Mengen ein. Wo sie, noch dazu nach sehr ausgiebiger Vernebelung unsrer Stellungen, überraschend auftraten, waren ihnen häufig die Nerven unsrer Leute nicht mehr gewachsen. Dort brachen sie durch unsre vordersten Linien durch, bahnten ihrer Infanterie den Weg, erschienen im Rücken, erzeugten örtliche Paniken und brachten die Gefechtsführung durcheinander. Waren sie erst erkannt, wurden unsre Tankabwehrwaffen und unsre Artillerie schnell mit ihnen fertig. Dann aber war das Unglück schon geschehen, und lediglich aus den Erfolgen der Tanks sind die hohen Gefangenenzahlen, die unsre Stärken so empfindlich herabsetzten und einen schnelleren Verbrauch der Reserven, als bisher gewohnt, herbeiführten, zu erklären.

Dem Feind gleiche Massen deutscher Tanks entgegenzustellen, waren wir nicht in der Lage. Sie herzustellen, ging über die Kräfte unsrer äußersten angespannten Industrie, oder andre, wichtigere Dinge hätten liegen bleiben müssen.

Restlos entscheidend ist die Ersatzlage geworden. Das Heer ist in die große Schlacht mit schwachen Beständen gegangen. Trotz aller Maßnahmen sanken die Stärken unsrer Bataillone von rund 800 im April auf rund 540 Ende September. Auch diese Zahl ließ sich nur durch Auflösen von 22 Infanterie-Divisionen (= 66 Infanterie-Regimentern) halten.

Die bulgarische Niederlage fraß weitere sieben Divisionen. Es besteht keine Aussicht, die Stärken auf größere Höhen zu bringen. Der laufende Ersatz, Wiedergenesene, Ausgekämmte, wird nicht einmal die Verluste eines ruhigen Winterfeldzuges decken. Nur die Einstellung des Jahrganges 1900 wird die Bataillonsstärken einmalig um 100 Köpfe erhöhen. Dann ist unsere letzte Menschenreserve verbraucht.

Die Verluste der im Gange befindlichen Schlacht sind, wie gesagt, über Erwarten groß, besonders an Offizieren. Das ist ausschlaggebend. Die Truppe verlangt mehr denn je, soll sie halten oder angreifen, das Beispiel ihrer Offiziere. Die Offiziere mußten und haben sich rücksichtslos eingesetzt und geopfert. Die Regimentskommandeure und höheren Führer kämpften mit in den vordersten Linien. Nur ein Beispiel: Eine Division verlor in zwei Kampftagen ihre sämtlichen Offiziere, tot oder verwundet, drei Regimentskommandeure tot. Der geringe noch vorhandene Stamm an aktiven Offizieren ist zusammengeschmolzen. Der Aufbau der aus dem

Großkampf kommenden Divisionen ist kaum noch durchführbar. Das gleiche wie vom Offizier gilt vom Unteroffizierkorps. Der Feind ist durch die amerikanische Hilfe in der Lage, seine Verluste zu ersetzen. Die amerikanischen Truppen als solche sind nicht von besonderem Wert oder gar den unsrigen überlegen. Wo sie durch Masseneinsatz anfängliche Erfolge erzielten, wurden sie trotz ihrer Uebermacht abgewehrt. Entscheidend wurde aber, daß sie weite Frontstrecken übernehmen konnten und dadurch dem Engländer und Franzosen die Möglichkeit gaben, eigene kampfgewohnte Divisionen freizumachen und sich fast unerschöpfliche Reserven zu schaffen.

Bis jetzt reichten unsere Reserven aus, um die Lücken zu füllen. Die Eisenbahn brachte sie rechtzeitig heran. Unerhört schwere Anstürme wurden abgewiesen. Die Kämpfe wurden als von bisher nicht dagewesener Schwere geschildert. Nun gehen unsre Reserven zu Ende. Greift der Gegner weiter an, so kann es die Lage fordern, daß wir auf großen Frontstrecken kämpfend ausweichen. Wir können auf diese Art den Krieg noch auf absehbare Zeit weiterführen, dem Gegner schwere Verluste beibringen, verwüstetes Land hinterlassen, gewinnen können wir damit nicht mehr.

Diese Erkenntnisse und Ereignisse ließen in dem Herrn Generalfeldmarschall und General Ludendorff den Entschluß reifen, Seiner Majestät dem Kaiser vorzuschlagen, zu versuchen, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten weitere Opfer zu ersparen.

Ebenso wie unsre große Offensive vom 15. Juli sofort eingestellt wurde, als ihre Fortführung nicht mehr im Verhältnis zu den zu bringenden Opfern stand, ebenso mußte jetzt der Entschluß gefaßt werden, die Fortsetzung des Krieges als aussichtslos aufzugeben. Noch ist hierzu Zeit. Noch ist das deutsche Heer stark genug, um den Gegner monatelang aufzuhalten, örtliche Erfolge zu erringen und die Entente vor neue Opfer zu stellen. Aber jeder Tag weiter bringt den Gegner seinem Ziel näher und wird ihn weniger geneigt machen, mit uns einen für uns erträglichen Frieden zu schließen.

Deshalb darf keine Zeit verloren gehen. Jede 24 Stunden können die Lage verschlechtern und dem Gegner Gelegenheit geben, unsre augenblickliche Schwäche klar zu erkennen.

Das könnte die unheilvollsten Folgen für die Friedensaussichten wie für die militärische Lage haben.

Weder Heer noch Heimat dürfen irgend etwas tun, was Schwäche erkennen ließe. Im Gegenteil, Heimat und Heer müssen noch fester als bisher zusammenhalten. Gleichzeitig mit dem Friedensangebot muß eine geschlossene Front in der Heimat erstehen, die erkennen läßt, daß der unbeugsame Wille besteht, den Krieg fortzusetzen, wenn der Feind uns keinen Frieden oder nur einen demütigenden Frieden geben will.

Sollte dieser Fall eintreten, dann wird das Durchhalten des Heeres entscheidend von der festen Haltung der Heimat und dem Geist, der aus der Heimat zum Heere dringt, abhängen*). (Anmerkung siehe nebenstehende Seite.)

**Der Erste Generalquartiermeister General Ludendorff
an den Vizekanzler von Payer**

Telephonische Mitteilung

aufgenommen vom Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Frhr. v. d. Bussche
am 2. Oktober 1918, 12 Uhr 20 nachm.

Aus dem Inhalt der beabsichtigten Friedensnote ist mir nur bekannt:

„Daß die 14 Punkte der Wilsonschen Note als Grundlage für die Friedensbesprechungen dienen sollen, nicht aber als vom Feinde auferlegte Bedingungen gelten sollen.“

Soweit habe ich mich einverstanden erklärt. Nachdem aber gesagt ist, die Oberste Heeresleitung sei mit dem ganzen Inhalt der Note einverstanden, bitte ich um Mitteilung der Note vor ihrer Herausgabe, um dazu Stellung nehmen zu können.

*) Anmerkung zu Dokument Nr. 28: Vgl. hierzu die Aufzeichnungen des Majors Freiherrn von dem Bussche, den dienstlichen Bericht des Obersten von Haefen und das Schreiben des damaligen Sächsischen Militärbevollmächtigten Generalmajors von Eulitz bei Ludendorff, Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot S. 24 f.

**Der Erste Generalquartiermeister General Ludendorff
an das Auswärtige Amt**

Telephongespräch

zwischen dem Legationsrat von Lersner (Großes Hauptquartier) und dem Legationssekretär Dr. Jordan (Auswärtiges Amt), 2. Oktober 1918, 2 Uhr 40 Minuten nachm.

Hier Legationsrat von Lersner. Bitte sofort dringend Herrn Legationssekretär Dr. Jordan zum Apparat.

General Ludendorff schlägt folgenden Wortlaut vor:

„Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen und zu diesem Zwecke Bevollmächtigte aller kriegführenden Staaten einzuladen.

Sie erklärt sich damit einverstanden, daß die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreß-Botschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen aufgestellten Programmpunkte als Grundlage für die Friedensverhandlungen dienen.

Im Anschluß hieran schlägt die deutsche Regierung den Abschluß eines Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft vor und ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, den Waffenstillstand, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, schon jetzt herbeizuführen.“

General Ludendorff fragt weiter:

1. Warum sind Oesterreich-Ungarn und Türkei nicht (Wort fehlt, der Entwurf hat hier: beteiligt)?
2. Die Oberste Heeresleitung setzt voraus, daß es sich nur um die bekannten 14 plus 4 Programmpunkte Wilsons handelt.

gez. Lersner

Anmerkung bei der Herausgabe: Vgl. Nr. 20 und Nr. 34 des Weißbuches. Das Reichsarchiv besitzt in seinen Beständen den von Ludendorff selbst am 2. 10. gezeichneten Entwurf („Telegramm-Entwurf“), der um 2 Uhr nachm. Freiherrn von Lersner übergeben und dann von diesem durch Fernsprecher übermittelt worden ist. Dies Aktenstück trägt noch folgende Vermerke:

„4.35 nachm. teilt Lersner mit:
zu 1) Ö.U. u. T. machen Sonderangebote.
zu 2) Voraussetzung trifft zu.

B. 2./10

6.25 nachm.:
A.A. hat Text angenommen,
wird 6^o dem Kaiser zur Genehmigung vorgelegt.“

Nr. 31

*Der Vertreter des Auswärtigen Amtes
im Grossen Hauptquartier Legationsrat Freiherr von Lersner
an das Auswärtige Amt*

Telegramm

Angekommen: 2 Uhr nachm.

Großes Hauptquartier, den 3. Oktober 1918

General Ludendorff bittet um Mitteilung des Textes unserer Friedensnote.

gez. Lersner

**Der Reichskanzler Prinz Max von Baden an den Chef
des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall
von Hindenburg**

Telegramm
Abgegangen: 2 Uhr 10 nachm.

Berlin, den 3. Oktober 1918

Dringend

Bevor ich mich über die Einleitung der von der Obersten Heeresleitung gewünschten Friedensaktion schlüssig mache, beehre ich mich, Euerer Exzellenz um Stellungnahme zu folgenden Fragen zu bitten:

1. Wie lange kann die Armee den Feind noch jenseits der deutschen Grenzen halten?
2. Muß die Oberste Heeresleitung einen militärischen Zusammenbruch erwarten und bejahendenfalls in welcher Zeit? Würde der Zusammenbruch das Ende unserer militärischen Widerstandskraft bedeuten?
3. Ist die militärische Lage so kritisch, daß sofort eine Aktion mit dem Ziel Waffenstillstand und Friede eingeleitet werden muß?
4. Für den Fall, daß die Frage zu 3 bejaht wird, ist die Oberste Heeresleitung sich bewußt, daß die Einleitung einer Friedensaktion unter dem Druck der militärischen Zwangslage zum Verlust deutscher Kolonien und deutschen Gebiets, namentlich Elsaß-Lothringens und rein polnischer Kreise der östlichen Provinzen führen kann?
5. Ist die Oberste Heeresleitung mit Absendung des anliegenden Notentwurfs einverstanden?

Euerer Exzellenz wäre ich für sofortige Antwort dankbar.

gez. Prinz Max, Reichskanzler*)

Seiner Exzellenz dem Chef des Generalstabes des Feldheeres Herrn
Generalfeldmarschall von Hindenburg,

Hier

*) Anmerkung bei der Herausgabe: Als Antwort auf diese Fragen findet sich eine andere Urkunde als Nr. 33 nicht bei den Akten. Nach Ludendorffs Angaben (Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot S. 61) war der Hergang „etwa“ folgender. Die Fragen wurden „unmittelbar mündlich“ beantwortet. Den Inhalt der Antworten gibt L. nach Aufzeichnungen des Majors Frhrn. v. d. Bussche, die dieser ihm im März 1919 zugestellt habe (a. a. O. S. 24), wie folgt wieder:

„1. Antwort: Die Frage kann nicht in derselben präzisen Form, in der sie gestellt ist, beantwortet werden. Das Halten hängt von vielen Faktoren ab, und auch davon, mit welcher Kraft und welchen Mitteln der Gegner seinen Angriff fortsetzt und wie sich demgegenüber unsere Widerstandskraft auf die Dauer beweist.

Gegenwärtig steht das deutsche Heer fest, gezwungen wird es, von Abschnitt zu Abschnitt, sich zäh an den feindlichen Boden klammernd, auszuweichen. Die

**Der Chef des Generalstabes des Feldheeres
Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Reichskanzler
Prinzen Max von Baden**

Schreiben

Berlin, den 3. Oktober 1918

An den
Herrn Reichskanzler

Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, den 29. September d. J., gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen.

Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westreserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.

Der Gegner seinerseits führt ständig neue frische Reserven in die Schlacht.

Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen.

Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.

gez. v o n H i n d e n b u r g , Generalfeldmarschall

Vermerk von der Hand des Unterstaatssekretärs Frhrn. v. d. Bussche:

„Dieses Schreiben ist bei der Sitzung der Staatssekretäre über die Note an Wilson verlesen worden. 5/10.“

Dauer solcher Rückbewegung ist nicht genau vorher zu bestimmen. Man kann aber hoffen, daß sie bis zum nächsten Frühjahr deutsches Gebiet schützen werde.

2. Antwort: Die Frage ist durch die Antwort zu 1 mit beantwortet. An einen allgemeinen Zusammenbruch glaube ich nicht. Das auf feindliche Einbrüche folgende ausweichende Zusammenziehen der Front braucht einen solchen nicht zur Folge zu haben, solange noch irgendwelche Reserven vorhanden sind.

3. Antwort: Ist durch mein Schreiben vom 3. Oktober 1918 beantwortet (vgl. Nr. 33).

4. Antwort: Die Oberste Heeresleitung zieht, falls es nicht anders geht, die Aufgabe geringer, französisch sprechender Teile Elsaß-Lothringens in Betracht. Abtretung deutschen Gebiets im Osten kommt für sie nicht in Frage.

5. Anmerkung: Der Notenentwurf lag nicht bei. Er wurde in der Sitzung besprochen, ohne daß eine endgültige Erledigung gefunden wurde.“

Die erste deutsche Note an Wilson*)

Abgegangen: 4. Oktober, 1 Uhr 10 vorm.

Berlin, den 3. Oktober 1918

Die Deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Anbahnung von Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September, aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an.

Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen.

gez. Max, Prinz von Baden
Reichskanzler

*) Die Note ist in folgender Form übermittelt worden:

„Der unterzeichnete kaiserliche Gesandte ist beauftragt und hat die Ehre, die eidgenössische Regierung zu ersuchen, dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika telegraphisch folgendes zu übermitteln.“

Anmerkung von amtlicher Hand: „Wie der kaiserliche Gesandte in Bern meldet, ist die Note um 5 Uhr 45 nachmittags nach Washington abgegangen.“

Anmerkung bei der Herausgabe: Da die Note am späten Nachmittage des 4. Oktober von Bern abging, konnte Prinz Max in seiner Reichstagsrede am 5. Oktober sagen:

„in der Nacht zum 5. Oktober.“

Auszug
aus der Rede des Reichskanzlers Prinz Max von Baden,
gehalten im Reichstage am 5. Oktober 1918

Mehr als vier Jahre des blutigsten Ringens gegen eine Welt von zahlenmäßig überlegenen Feinden liegen hinter uns: Jahre voll schwerster Kämpfe und schmerzlicher Opfer. Ein jeder von uns trägt seine Narben, nur allzu viele sogar noch offene Wunden — sei es im verborgenen Grunde der Seele oder an seinem opferbereit für die deutsche Freiheit auf dem Schlachtfelde preisgegebenen Körper.

Trotzdem aber sind wir starken Herzens und voll von zuversichtlichem Glauben an unsere Kraft, entschlossen, für unsere Ehre und Freiheit und für das Glück unserer Nachkommen auch noch schwerere Opfer zu bringen, wenn das unabänderlich ist. Mit tiefer, heißer Dankbarkeit gedenken wir unserer tapferen Truppen, die unter glänzender Führung während des ganzen Krieges fast Uebermenschliches geleistet haben und deren bisherige Taten sicher verbürgen, daß unser aller Schicksal bei ihnen auch ferner in guten, zuverlässigen Händen liegt.

Im Westen tobt seit Monaten eine einzige furchtbare menschenmordende Schlacht. Dank dem unvergleichlichen Heldentum unserer Armee, das als unvergängliches Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Volkes fortleben wird für alle Zeiten, ist die Front ungebrochen. Dieses stolze Bewußtsein läßt uns mit Zuversicht in die Zukunft sehen.

Gerade weil wir von dieser Gesinnung und Ueberzeugung beseelt sind, ist es aber auch unsere Pflicht, Gewißheit darüber herbeizuführen, daß das opfervolle blutige Ringen nicht einen einzigen Tag über den Zeitpunkt hinaus geführt wird, wo uns ein Abschluß des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt. Ich habe deshalb auch nicht erst bis zum heutigen Tage gewartet, ehe ich handelnd zur Förderung des Friedensgedankens eingriff. Gestützt auf das Einverständnis aller dazu berufenen Stellen im Reich und auf die Zustimmung der gemeinsam mit uns handelnden Bundesgenossen, habe ich in der Nacht zum 5. Oktober durch die Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika eine Note gerichtet, in der ich ihn bitte, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen kriegführenden Staaten in Verbindung zu treten. Die Note trifft heute oder morgen in Washington ein.

Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil dieser in seiner Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, besonders auch in seiner New-Yorker Rede vom 27. Sep-

*) Neu aufgenommen.

tember, ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt hat, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können. Ich habe diesen Schritt auf dem Wege zu der Erlösung nicht nur Deutschlands und seiner Verbündeten, sondern der gesamten, seit Jahren unter dem Kriege leidenden Menschheit auch deshalb getan, weil ich glaube, daß die auf das künftige Glück der Völker gerichteten Gedanken, die Herr Wilson verkündet, sich völlig mit den allgemeinen Vorstellungen im Einklang befinden, in denen sich auch die neue deutsche Regierung und mit ihr die weit überwiegende Mehrheit unseres Volkes bewegt.

Was mich selbst betrifft, so können meine früheren, vor einem anderen Hörerkreis gehaltenen Reden bezeugen, daß sich in der Vorstellung, die ich von einem künftigen Frieden hege, keinerlei Wandlung in mir vollzogen hat, seitdem ich mit der Führung der Reichsgeschäfte beauftragt worden bin.

Was ich will, ist ein ehrlicher, dauernder Friede für die gesamte Menschheit, und ich glaube daran, daß ein solcher Friede zugleich auch der festeste Schutzwall für die künftige Wohlfahrt unseres eigenen Vaterlandes wäre. Zwischen den nationalen und den internationalen Pflichtgeboten sehe ich deshalb mit Bezug auf den Frieden keinerlei Unterschied. Das Entscheidende liegt für mich ausschließlich darin, daß diese Gebote von allen Beteiligten mit derselben Ehrlichkeit als bindend anerkannt und geachtet werden, wie das von mir und den andern Mitgliedern der neuen Regierung gilt.

So sehe ich denn mit der inneren Ruhe, die mir mein Gewissen als Mensch und als Diener unseres Volkes verleiht, und die sich zugleich auf das feste Vertrauen zu diesem großen, treuen, jeder Hingebung fähigen Volk und seiner ruhmvollen Wehrmacht begründet, dem Ergebnis der ersten Handlung entgegen, die ich als leitender Staatsmann des Reichs unternommen habe.

Wie dieses Ergebnis auch ausfallen möge: ich weiß, daß es Deutschland fest entschlossen und einig finden wird sowohl zu einem redlichen Frieden, der jede eigensüchtige Verletzung fremder Rechte von sich weist, als auch zu dem Endkampf auf Leben und Tod, zu dem unser Volk ohne eigenes Verschulden gezwungen wäre, wenn die Antwort der mit uns im Kriege stehenden Mächte auf unser Angebot von dem Willen, uns zu vernichten, diktiert sein sollte.

Kein Zagen befällt mich bei dem Gedanken, daß dieses zweite Ergebnis eintreten könnte; denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, daß die unwiderlegliche Ueberzeugung, um unser Leben als Nation zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde. Ich hoffe aber um der gesamten Menschheit willen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten unser Angebot annimmt. Dann wäre die Tür zu einem baldigen ehrenvollen Frieden des Rechts und der Versöhnung sowohl für uns wie für unsere Gegner geöffnet.

Besprechung beim Reichskanzler

Protokollauszug

Berlin, den 6. Oktober 1918

Anwesend:

Reichskanzler,
Graf Rödern,
von Payer,
Erzberger,
Groeber,
Scheidemann,
Solf,
Radowitz,
Deutmoser,
Lewald

Besprechung der Note

Reichskanzler: Ich habe gegen Note gekämpft. Erstens, weil ich Moment für verfrüht hielt, zweitens, weil ich an Feinde im allgemeinen mich wenden wollte.

Jetzt müssen wir Konsequenzen in Ruhe überlegen. Jetzt muß

1. Lage an der Front festgestellt werden, und zwar durch gewiegte Offiziere,
2. Botschafterkonferenz. Beste Köpfe über England und Amerika hören.

Solf: Haeften*) sagt, daß Ludendorff Kommission als Mißtrauen betrachte und Abschied nehmen würde. Das würde Abschied Hindenburgs nach sich ziehen.

Roedern glaubt, daß Mißtrauen Ludendorffs sich vermeiden läßt.

Reichskanzler: Armeeführer müssen gehört werden. Hoffe im Gespräch mit Seiner Majestät Möglichkeit dazu zu finden.

Payer: Nötig Weg zu finden. Wir müssen neben Ludendorff auch noch andere Leute hören. Ludendorffs Nerven nicht mehr zuverlässig.

Solf und Erzberger derselben Ansicht.

(Folgt Beratung anderer Fragen.)

*) Oberst v. Haeften war seit Juli 1916 Leiter der militärischen Stelle des Auswärtigen Amts und außerdem seit August 1918 zur besonderen Verfügung des Herrn Reichskanzlers gestellt.

**Erste Sitzung der Waffenstillstandskommission
7. Oktober 1918, 9 Uhr vormittags**

Protokollarische Aufzeichnung

Ergebnisse

1. Wir müssen Konzessionen machen; diese bestehen in Räumungen. Erste Etappe bis östlich Brügge—Valenciennes—Le Cateau, zweite Etappe bis westlich Antwerpen—Alost—Maas.

2. Räumung muß so erfolgen, daß wir jederzeit schlagfertig bleiben.

Im übrigen ist Frage zu klären, ob für Räumung Gesichtspunkte der Friedens- oder der Kriegswirtschaft voranstehen. Voraussichtlich ergibt sich Kompromiß. — Dringlichkeitsliste wird aufgestellt.

3. Räumungsfristen für erste Etappe 4—8 Tage, bei 4. Armee 8 bis 14 Tage.

Zweite Etappe noch unabsehbar. Zeiten bis 9 Monate werden genannt, kommen aber nicht in Frage. Räumung bis hinter Maas, teilweise bis Heimat ist beschränkt im Gange.

4. Marine: Einstellung des Unterseeboot-Krieges muß sicher zugestanden werden, Wiederaufnahme aber gesichert bleiben. Gegenforderungen auf Handelsgebiet sind zu erheben.

Neutrale Zone ist zu schaffen, Unterseeboote zurückzuziehen.

*) Neu aufgenommen.

Anmerkung bei der Herausgabe: Zum Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission war zuerst Generaloberst von Beseler, damals Generalgouverneur von Polen, in Aussicht genommen, dessen Abwesenheit von Warschau aber vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes als bedenklich bezeichnet wurde. Der von Staatssekretär von Hintze empfohlene Generalmajor Graf Schulenburg, Stabschef des Kronprinzen, wurde von der Obersten Heeresleitung als nicht entbehrlich bezeichnet. Darauf bestimmte der Kaiser den Oberbefehlshaber der Armee Abteilung B, General der Infanterie von Gündell, dem als Chef des Stabes Oberst von Winterfeldt beigegeben wurde. Die anderen Mitglieder der Waffenstillstandskommission waren alle Offiziere. Zur Neu-Zusammensetzung der Waffenstillstandskommission vgl. Nr. 96b und Nr. 102.

**Der Reichskanzler Prinz Max von Baden
an den Ersten Generalquartiermeister General Ludendorff**
Schreiben

Berlin, den 8. Oktober 1918

An den
tit. Ludendorff

Hier

Die Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika auf unser Friedens- und Waffenstillstandersuchen wird voraussichtlich weder in einer glatten Annahme, noch in einer glatten Ablehnung bestehen, sondern sie wird Bedingungen nennen, von denen der Präsident sein Vorgehen abhängig macht.

Wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß diese Bedingungen schwer sind. Wir werden also vor die Frage gestellt, ob unsere militärische Lage es uns gestattet, durch Verhandlungen eine Milderung der Bedingungen anzustreben auf die Gefahr hin, daß darüber eine Reihe von Wochen vergeht, Oesterreich-Ungarn und die Türkei sich von uns trennen und wir die Bedingungen des Präsidenten schließlich doch in ihrer ursprünglichen Form annehmen müssen.

Um mir ein Bild über unsere militärische Lage machen zu können, wäre ich Euer Exzellenz für umgehende Beantwortung folgender Fragen dankbar*).

1. Wie lange kann die Armee den Feind jenseits der deutschen Grenzen halten, sei es in den jetzigen Stellungen, sei es in allmählicher Rückwärtsbewegung?
2. Muß auch heute noch mit der Möglichkeit eines militärischen Zusammenbruchs vor dem Frühjahr gerechnet werden und, bejahendenfalls, besteht diese Gefahr schon für die nächsten drei bis vier Wochen?
3. Wie lange wird der augenblickliche kritische Zustand voraussichtlich noch dauern? Ist der Gefahrpunkt überschritten, wenn der Feind sich zur Einstellung seiner Großangriffe genötigt sieht, und wann wird dies voraussichtlich der Fall sein?
4. Kann nach Ueberwindung des Gefahrpunktes auf Konsolidierung unserer Front gerechnet werden und durch welche Mittel kann sie erreicht werden?
5. Wie liegen die Verhältnisse des Mannschafts- und Materialersatzes?
6. Kann beim Scheitern der gegenwärtigen Friedensaktion trotz des Abfalls eines der beiden uns noch verbliebenen Bundesgenossen der Krieg von uns allein bis zum Frühjahr fortgeführt werden?

*) Antwort siehe unter Nr. 38 und unter Nr. 43. Vgl. auch Nr. 39 b.

7. Verspricht sich die Oberste Heeresleitung einen ausreichenden Kräftezuwachs von der *levée en masse*, wie von Walter Rathenau in der Vossischen Zeitung empfohlen ist?

Nach den bisher eingegangenen Nachrichten erscheint es nicht ausgeschlossen, daß Präsident Wilson als Vorbedingung für den Eintritt in die Verhandlungen die Räumung Belgiens und Nordfrankreichs fordern wird; es fragt sich daher weiter:

1. Würde die Oberste Heeresleitung empfehlen, daß wir eine solche Forderung bedingungslos annehmen oder daß wir sie mit Gegenbedingungen beantworten? Falls die militärische Lage unter den obenangeführten Gesichtspunkten einen Zeitverlust durch Verhandlungen zuläßt, kämen als Gegenbedingungen in Frage:
 - a) die von Frankreich und England besetzten Gebiete (Oberelsaß, eventuell auch die deutschen Kolonien) sind gleichfalls zu räumen.
 - b) Garantien sind dafür zu leisten, daß der Feind uns nicht folgt. Eventuell könnte gefordert werden, daß die von uns geräumten französischen Gebiete nur von amerikanischen Truppen besetzt werden und daß Belgien nur von belgischen Truppen betreten, seine Neutralität von allen Kriegführenden beachtet und der belgische Boden nicht wieder zum Kriegsschauplatz gemacht wird.
 - c) Erklärung unsererseits, daß wir, um die Verschlechterung unserer strategischen Lage im Westen auszugleichen, unsere Truppen auch aus den von uns besetzten Gebieten im Osten (Baltikum, Litauen, Polen und Ukraine) zurücknehmen müßten, was diese Gebiete dann dem Bolschewismus ausliefern würde.
2. Innerhalb welcher Zeit könnte die Räumung von Nordfrankreich und Belgien durchgeführt werden, wenn sie mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes beginnt?
3. Werden wir nach der Räumung mit den uns noch zur Verfügung stehenden Kräften in der Lage sein, die deutsch-französische Grenze zu halten, falls im weiteren Verlauf die Friedensverhandlungen scheitern und die Gegner von neuem zum Angriff übergehen?

Präsident Wilson könnte mit der Begründung, daß er Sicherheiten braucht, die Besetzung deutscher Festungen an unserer Westgrenze fordern.

1. Würden wir angesichts der militärischen Lage gezwungen sein, eine solche Forderung anzunehmen?
2. Inwieweit würde die Annahme der Forderungen von Gegenbedingungen abhängig zu machen sein?

Prinz Max von Baden,
Reichskanzler

Nr. 36a*)

**Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von
dem Bussche an den Vertreter des Auswärtigen Amtes im
Grossen Hauptquartier Legationsrat Freiherrn von Lersner**

Telegramm

Abgegangen: 8 Uhr nachm.

Berlin, den 8. Oktober 1918

Gesandter Haag telegraphiert vom 7. Oktober:

Wie zuverlässiger Vertrauensmann mir mitteilt, hat er auf Grund gestriger Unterredung in amerikanischen Gesandtschaft Eindruck gewonnen, Wilson werde deutsches Friedensangebot nicht *a limine* ablehnen, sondern zur Diskussion stellen und eventuell Räumung Belgiens und Frankreichs fordern. Vertrauensmann hat ferner Eindruck, als habe unsere Bewertung amerikanischen Selbstbewußtseins und des Idealismus Wilsons auf Amerikaner im Haag gut gewirkt. Solfs Ernennung sei auf amerikanischer Gesandtschaft als Beweis für vollkommenes Aufgeben heimlicher Annexionspläne und wichtiges Friedensmoment bezeichnet.

gez. B u s s c h e

*) Neu aufgenommen.

